

Die Zeitung der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

PAULA

№ 5

SPD
FRAKTION
HAMBURG



EINE STADT
ZEIGT HALTUNG — 06

Abbildung: istockphoto/sborisov

BEZAHLBARE METROPOLE — 04

Hamburg ist gefragt wie nur wenige Städte in Deutschland. Ein voller Werkzeugkoffer hilft dabei, dass die Hansestadt trotz knapper Fläche eine Stadt für alle bleibt.

ALLES AUF EINE KARTE — 08

Das Deutschlandticket macht das Bus- und Bahnfahren bundesweit einfacher. Warum die Karte in Hamburg so erfolgreich ist.

GENERATIONENGERECHTE STADT — 10

Mit Oma und Opa in den Club: Wie kreative Projekte den Austausch zwischen Alt und Jung beleben.

Moin Hamburg,

vielen Dank für Ihr Interesse an der PAULA, der Zeitung der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Hamburg ist vielfältig: Unsere Stadt ist Zuhause und Zufluchtsort, pulsierende Metropole und Ruhepol, traditionsbewusst und weltoffen. In einer Millionenmetropole treffen zwangsläufig die unterschiedlichsten Vorstellungen aufeinander. Als SPD glauben wir daran, dass in dieser Vielfalt großes Potential steckt und zeigen klare Kante, wenn dieses Miteinander in Gefahr gerät. In einer Zeit, in der die Fremdenfeindlichkeit von Rechtsaußen salonfähig gemacht wird, ist es ein Wert an sich, wenn Hamburg und seine Stadtgesellschaft zusammenhalten und sich nicht auseinanderdividieren lassen. Wir müssen uns immer wieder bewusstmachen, warum es so wichtig ist, Haltung zu zeigen. Hamburg heißt: Du, ich, wir, alle. Nur gemeinsam können wir unsere Stadt jeden Tag ein bisschen besser machen. Unsere 53 Abgeordneten sind im ganzen Stadtgebiet mit eigenen Büros präsent und für Sie da, wenn Ihnen ein Thema unter den Nägeln brennt. Die Kontaktdaten finden Sie auf der Rückseite dieser Zeitung.

Wir befinden uns in einer herausfordernden Zeit: Es gilt jetzt, Hamburg als soziale, klimaneutrale, innovative und weltoffene Metropole für alle konkret weiterzuentwickeln. Dafür möchten wir Sie um Ihr Vertrauen bitten. In den vergangenen viereinhalb Jahren haben wir eine Vielzahl von Zukunftsprojekten angestoßen, die Hamburg in den kommenden Jahrzehnten prägen werden. Wir setzen uns für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft ein und fördern aktiv unseren modernen und klimaneutralen Hafen. Wir investieren Rekordsummen in frühkindliche Bildung und Betreuung und in moderne Schulen. Den größten Schnellbahnausbau der letzten Jahrzehnte treiben wir voran.

In unserer täglichen Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft ist uns eines besonders wichtig: Wir machen Politik für alle Menschen und alle Stadtteile in Hamburg. Als Sozialdemokrat:innen in der Bürgerschaft, der Herzkammer der Hamburgischen Demokratie, setzen wir uns auch in Zukunft für eine gerechte

Teilhabe aller Menschen in unserer Stadt ein. Wir entwickeln Hamburg weiter und denken bei allen Entscheidungen die sozialen Fragen mit. Wir lassen niemanden zurück. Dieser Anspruch einer modernen Großstadtpartei, die konkretes Handeln und nicht Symbole in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, ist das Leitbild unserer täglichen Parlamentsarbeit.

Als Sozialdemokratie haben wir bei der Wahl 2020 ein großes Versprechen abgegeben: „Die ganze Stadt im Blick.“ Der Wahlspruch von Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher zieht sich wie ein roter Faden durch unser Handeln. Lassen Sie uns Hamburg gemeinsam voranbringen.

Ihr Dirk Kienschurf
Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft



Neues aus der Bürgerschaft

Die SPD stellt mit 53 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Alle zwei Wochen kommt das Parlament zusammen und bewegt mit den Stimmen der Regierungskoalition große und kleine Vorhaben, die Hamburg nach vorne bringen.



DIGITALSTE STADT DEUTSCHLANDS

Hamburg ist bei der Digitalisierung offiziell das fortschrittlichste Bundesland. Das belegt eine aktuelle Studie des Bundesverbandes der Digitalwirtschaft Bitkom. Im Vergleich der Bundesländer liegt Hamburg vor Berlin, Bayern und Baden-Württemberg. Besonders bei 5G- und Breitbandausbau sowie bei der Glasfaserversorgung ist Hamburg führend: Über 50 Prozent der Haushalte haben bereits einen Glasfaseranschluss, der eine besonders schnelle Übertragung digitaler Daten gewährleistet. Die Regierungskoalition will den Netzausbau weiter beschleunigen und dazu künftig auch Beteiligungen an Infrastrukturprojekten und Kooperationen mit Unternehmen ermöglichen. Der konsequente Ausbau der Glasfasernetze stärkt den Wirtschaftsstandort und erhöht die Lebensqualität in Hamburg insgesamt. Ziel ist es, die Spitzenposition in der digitalen Infrastruktur zu festigen und bis 2030 eine flächendeckende Versorgung für die Freie und Gigabit-City Hamburg zu erreichen.



HAMBORG SNACKT OP PLATT

„Wenn Du in Hamburger Hopn platt snacken kannst, dann geht immer eine Dör mer auf“ – so sagt ein hanseatisches Sprichwort. Als frühere Amtssprache prägte Plattdeutsch

über viele Jahrhunderte die Kultur der Stadt und des gesamten Hanseraums. Mit einem neuen Übersetzerpreis für Niederdeutsch hat sich die SPD-Fraktion für den Erhalt dieser historisch gewachsenen Regionalsprache eingesetzt. Namensgeber des Preises ist Hartmut Cyriacks. Der im Jahr 2022 verstorbene Autor hat mit seinen Werken maßgeblich zum Erhalt des Plattdeutschen in Hamburg beigetragen. Der ‚Hartmut-Cyriacks-Preis‘ richtet sich insbesondere an junge Übersetzer:innen, die sich der Aufgabe verschrieben haben, Plattdeutsch einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Der neue Preis würdigt ihre Leistungen und zugleich das Vermächtnis von Hartmut Cyriacks. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und wird ab 2026 alle zwei Jahre verliehen.



TIERISCHE UNTERSTÜTZUNG

Seit zwanzig Jahren hilft die Hamburger Tiertafel Menschen in finanziellen Nöten, ihre Haustiere zu versorgen. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten ist diese ausschließlich durch Spenden finanzierte Hilfe wichtiger denn je. Gerade in herausfordernden Lebenssituationen können Haustiere Menschen Rückhalt und Geborgenheit geben. Durch die Unterstützung der Tiertafel müssen Haustiere nicht abgegeben werden, sondern können in ihrem Zuhause verbleiben. Da der Mietvertrag ausgelaufen ist, brauchte die Tiertafel neue Räumlichkeiten. Ein neuer und gut erreichbarer Standort ist entscheidend, um Futter und medizinische Versorgung für die Tiere sicherzustellen. Die höheren Mietkosten am neuen Standort kann der Verein jedoch nicht allein tragen. Damit das Projekt die wertvolle Arbeit fortführen kann, stellen die Regierungsfaktionen gemeinsam mit dem Bezirk Wandsbek und der Tiertafel bis zu 50.000 Euro pro Jahr für die Miete über einen Zeitraum von drei Jahren bereit.



VOLLE LADUNG FÜR LKW

E-Mobilität ist nicht nur gut für das Klima, sondern langfristig auch wirtschaftlich sinnvoll. Um Hamburger Unternehmen bei der Umstellung auf klimaneutrale Mobilität zu unterstützen, fördert die Regierungskoalition den Ausbau einer leistungsstarken, öffentlich zugänglichen Schnellladeinfrastruktur für LKW. Zusätzlich soll ein unabhängiges Beratungsangebot bereitgestellt werden, das Unternehmen zu Logistik, Kosten und Wirtschaftlichkeit von Elektro-Flotten informiert. Sinkende Batteriekosten und steigende CO2-Preise verstärken die Entscheidung für E-Mobilität im Schwerlastverkehr: Prognosen zufolge werden elektrisch betriebene LKW bis 2030 in fast allen Fällen kostengünstiger sein als Diesel-LKW. Der Umstieg auf eine vollelektrische LKW-Flotte ist jedoch für viele Unternehmen organisatorisch herausfordernd. Um die Potenziale der neuen Technologie für Hamburg voll auszuschöpfen, soll vor allem im Hafen der Ausbau öffentlich zugänglicher LKW-Ladesäulen – etwa an LKW-Tankstellen oder -Parkplätzen – vorangetrieben werden. Auch private Betreiber von Ladeinfrastruktur in Logistikzentren sollen miteinbezogen werden. Eine dichte und verlässliche Infrastruktur ist ein Vorteil, der die Wettbewerbsfähigkeit des Logistikstandorts Hamburg langfristig stärken kann.

Auf dem Laufenden bleiben mit dem Newsletter der SPD-Fraktion Hamburg.



BEZAHLBARE METROPOLE GEHT DAS?

Jungfernstieg, Landungsbrücken, Elbstrand – Hamburg ist eine der schönsten Metropolen Europas, die viel Lebensqualität bietet. Kein Wunder also, dass Hamburgs Bevölkerungszahl seit Jahrzehnten stetig steigt. Damit stellt sich die Frage: Wie sorgt man in einer Stadt mit begrenzten Flächen dafür, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum und soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen? Hamburg findet darauf gleich mehrere Antworten.

In vielen Statistiken zur Entwicklung der Mietpreise steht Hamburg nicht nur besser da als München, Berlin und Frankfurt, sondern auch als Potsdam, Freiburg, Heidelberg und Stuttgart. Bundesweit liegt die Hansestadt als zweitgrößte deutsche Metropole damit auf Platz acht. Wie unterschiedlich sich die Mietpreise entwickeln können, zeigt auch der Blick auf die durchschnittlichen Bestandsmieten in den großen deutschen Städten. In München, Frankfurt am Main, Stuttgart, Heidelberg und Köln liegt die Nettokaltmiete nach Mietspiegel im Schnitt höher als in Hamburg. Sowohl bei Angebots- als auch bei Bestandsmieten entwickelt sich die Elbmetropole im Vergleich zu anderen deutschen Großstädte mit am besten. Die Hansestadt scheint also in der Mietpolitik vieles richtig zu machen, wo andere Städte weniger erfolgreich sind.

WOHNUNGSMARKT UNTER DRUCK

Klar ist aber auch: In Hamburg ist bezahlbarer Wohnraum ebenfalls knapp und es gibt Gebiete mit hohen Mietpreisen bei Neuvermietungen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist auch in der Hansestadt sehr hoch. In einer 2023 vom Hamburger Senat in Auftrag gegebene Studie gaben knapp 40 Prozent der Befragten an, aktuell von Miet- und Nebenkostenerhöhungen betroffen zu sein. Deutschlandweit wenden Mieter:innen durchschnittlich knapp 27 Prozent ihres Einkommens für Mieten auf, in Hamburg liegt der Anteil etwas niedriger, steigt jedoch seit Jahrzehnten stetig an. Der Mietanteil am Einkommen ist in der Regel

umso höher, je niedriger das Einkommen ausfällt. Besonders für Menschen mit geringerem Einkommen kann diese Entwicklung zu großen finanziellen Herausforderungen führen. Entsprechend groß ist der Handlungsdruck für die Regierenden. Steht wenig Wohnraum für eine steigende Zahl von Menschen zur Verfügung, steigt der Druck auf die Mieten weiter. Ohne umfangreiche Maßnahmen könnten sich Menschen mit geringerem Einkommen und Familien den benötigten Wohnraum irgendwann nicht mehr leisten.

Natürlich ist der Wohnungsmarkt nicht unreguliert und Mieten folgen nicht allein dem Prinzip von Angebot und Nachfrage. Der Hamburger Senat arbeitet unter SPD-Führung unermüdlich daran, die Mieten bezahlbar zu halten und neuen Wohnraum zu schaffen. Laut Martina Koeppen, Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg für Stadtentwicklung, zahlt sich dieses Engagement aus: „Wir haben den Mietenanstieg in Hamburg besser im Griff als andere Städte. Hamburg hat mittlerweile einen ganzen Werkzeugkasten voll Instrumente, die dem Problem des Mietenanstiegs von verschiedenen Seiten begegnen“.



„Wir haben den Mietenanstieg in Hamburg besser im Griff als andere Städte.“

Martina Koeppen, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg

1 Mio.

Wohneinheiten gibt es in Hamburg – davon sind knapp **80 Prozent Mietwohnungen**

76 m²

beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße in Hamburg.

MIETEN BEGRENZEN

Der direkteste Ansatz ist dabei die Begrenzung der Miethöhe. Eines der wichtigsten Werkzeuge der Stadt ist deshalb die Mietpreisbremse. Sie begrenzt die Mieten bei Neuabschluss von Mietverträgen grundsätzlich auf die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete plus zehn Prozent und wird regelmäßig verlängert. Mit der sogenannten Kapplungsgrenze hat der Bund die Möglichkeit geschaffen, auch Bestandsmieten stabil zu halten. Mehr als 20 Prozent Mietsteigerung innerhalb von drei Jahren sind damit grundsätzlich nicht erlaubt. Hamburg hat diese Grenze in der gesamten Stadt auf 15 Prozent gesenkt und damit die geltenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Die Hansestadt setzt sich darüber hinaus auf Initiative der SPD für eine bundesweite Senkung auf elf Prozent ein. Mietsteigerungen direkt zu begrenzen ist effektiv und wird an Elbe, Alster und Bille erfolgreich eingesetzt. Dieser Ansatz hat jedoch rechtliche Grenzen, wie der vor dem Verfassungsgericht gescheiterte Mietendeckel in Berlin zeigt. Auch das Problem der Wohnraumknappheit löst er nicht. Hamburg hat sich daher bewusst gegen die Einführung eines Mietendeckels entschieden.

WOHNRAUM ERHALTEN

Um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, müssen bestehende Mietverhältnisse und Mieten besonders geschützt werden. Hier greifen in Hamburg Instrumente zum Wohnraumschutz, die unter den SPD-geführten Senaten seit 2011 deutlich ausgeweitet wurden. Sie wirken dort, wo der Verdrängungsdruck auf Mieter:innen besonders hoch ist. Besonders in den aktuell 13 Gebieten mit sozialen Erhaltungsverordnungen schützt Hamburg mehr als 200.000 Mieter:innen vor Verdrängung. In diesen Quartieren mit besonders hoher Nachfrage nach Wohnraum ist die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen deutlich erschwert, um die Vermietung im Bestand stabil zu halten. Luxussanierungen müssen dort von der Stadt genehmigt werden. In der gesamten Stadt ist die Zweckentfremdung von Wohnraum verboten, die Vermietung als Ferienwohnung ist auf zwei Monate im Jahr begrenzt. „Es war richtig, dass wir Spekulationen mit Wohnraum in Hamburg einen Riegel vorgeschoben haben. Die soziale Durchmischung der Quartiere macht Hamburgs Charakter aus. Das müssen wir unbedingt bewahren“, so Koeppen.

WOHNRAUM SCHAFFEN

Mit dem Erhalt von Wohnraum ist es jedoch nicht getan. Als wachsende Metropole setzt Hamburg alles daran, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mit dem „Bündnis für das Wohnen“ setzt sich der Senat seit 2016 gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft das Ziel, den Bau von 10.000 Wohneinheiten pro Jahr zu genehmigen. Bis 2022 wurde das Ziel in Hamburg regelmäßig erreicht. Im Rekordjahr 2020 wurden sogar so viele Wohnungen gebaut wie seit 1974 nicht mehr. Mit der aktuellen Krise im Bausektor ist die Zahl der Baugenehmigungen jedoch bundesweit und auch in Hamburg zurückgegangen. „Wir durchschreiten im Wohnungsbau gerade eine Talsohle, aus der wir gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft kraftvoll herauskommen wollen. An dem notwendigen und ambitionierten Ziel, möglichst viel neuen Wohnraum in der Stadt zu schaffen, halten wir daher fest“, ordnet Martina Koeppen die Lage ein. Dazu braucht es auch die Umsetzung notwendiger Maßnahmen im Bund. „Die Bundesregierung müsse Rahmenbedingun-



Abbildung: Shutterstock.com/nitpicker

gen schaffen, um Bauen wieder attraktiver und vor allem bezahlbarer zu machen“, so Koeppen weiter. „Dazu gehört auch, dass Bau- und Gebäudestandards grundsätzlich daraufhin überprüft werden müssen, ob der Nutzen und die zusätzlichen Kosten in einem guten Verhältnis stehen. Hier müssen die Wohnungsbaupolitik im Bund und auch die Industrie ihre Hausaufgaben machen.“

Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen ist der sogenannte Gebäudetyp E, dessen Entwicklung der SPD-geführte Senat vorantreibt. Das E steht dabei für experimentelles beziehungsweise einfaches Bauen. Kosten für Neubauten sollen dabei mit reduzierten Standards und Baumaterialien deutlich gesenkt werden. Geringere Baukosten, so die Rechnung, sollen den Wohnungsbau auch in Zeiten gestiegener Kosten am Bau wieder ankurbeln. Koeppen ist vom Erfolg dieser Maßnahme überzeugt: „Allen Beteiligten ist klar: Die Baukosten müssen runter. Der Gebäudetyp E ist nicht weniger als eine Revolution im Wohnungsbau.“

BUNDESWEIT HÖCHSTE ZAHL AN SOZIALWOHNUNGEN

Nicht nur die Zahl, sondern auch die Art des neu geschaffenen Wohnraums ist wichtig. Deutschlandweit ist Hamburg mit großem Abstand das Bundesland mit der höchsten Zahl an Sozialwohnungen pro hunderttausend Einwohner:innen. 2.380 neue Sozialwohnungen wurden 2023 in Hamburg gebaut. Im 1. Förderweg liegt die Anfangsmiete derzeit bei 7,10 Euro/Quadratmeter und im 2. Förderweg bei 9,20 Euro pro Quadratmeter. Seit April 2024 werden Wohnungen auch über einen dritten Förderweg finanziert. Hier wird die Anfangsmiete bei 12,10 Euro pro Quadratmeter liegen.

Auch in den kommenden Jahren werden Wohnungsbau und Mietpolitik in Hamburg ein zentraler Faktor für das Zusammenleben in der Hansestadt sein. „Wir müssen weiterhin alle uns zur Verfügung stehenden Hebel nutzen, um die Mieten auf einem bezahlbaren Niveau zu halten“, so Stadtentwicklungsexpertin Koeppen, „denn nur so stellen wir sicher, dass Hamburg seinen Charakter als lebenswerte Stadt für alle auch in Zukunft erhält.“

München
12,89 €/m²

Frankfurt a. M.
10,58 €/m²

Stuttgart
10,39 €/m²

Heidelberg
10,02 €/m²

Köln
9,39 Euro/m²

Hamburg
9,16 €/m²

Berlin
7,67 €/m²

Durchschnittliche
Nettokaltmieten.
Quelle: Mikrozensus 2022

EINE STADT ZEIGT HALTUNG

Hunderttausende Menschen in Hamburg haben sich öffentlich und lautstark zu einer freien Gesellschaft bekannt. Dennoch hat sich mit den deutschlandweiten Stimmenzuwächsen rechter Parteien auch das politische Klima an der Elbe verändert. In der Hamburgischen Bürgerschaft zeigen die 53 Abgeordneten der SPD-Fraktion Hamburg klare Kante und benennen den stärker werdenden Rechtsextremismus als das, was er ist: Eine Gefahr für die Demokratie.

Es war ein beeindruckendes Bild: 180.000 Menschen demonstrierten im Januar 2024 gemeinsam auf dem Jungfernstieg, um ein Zeichen für Freiheit und Demokratie zu setzen. Vorausgegangen waren erschreckende Berichte eines geheimen Treffens in Potsdam, bei dem bekannte Rechtsextreme und führende AfD-Mitglieder über eine mögliche Deportation von Millionen Menschen in Deutschland mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft diskutiert hatten. Die Empörung darüber brach sich bundesweit Bahn und Hamburg war sich über Parteigrenzen hinweg einig: Rechtsextreme dürfen in Deutschland nie wieder politische Verantwortung tragen. Mit Blick auf die Demonstrationen gegen Rechts sagt der SPD-Abgeordnete Kazim Abaci: „Unsere Stadt zeigt Charakter. Das macht gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund Mut und gibt Zuversicht“. Er ist Gründer des Vereins „Unternehmer ohne Grenzen“ und hat sich zusammen mit einem großen Bündnis der Zivilgesellschaft an der Organisation der Demonstration beteiligt.



HAMBURG WÄHLT DEMOKRATISCH

Auch in den Wahlergebnissen spiegelt sich die konsequente Haltung der Hansestadt wider. Bei den Europawahlen stach Hamburg deutschlandweit als positives Beispiel heraus. Im Juni gab es für die AfD in der Hansestadt mit einem Ergebnis von acht Prozent nur leichte Zuwächse. Trotz zahlreicher Skandale und menschenverachtender Positionen erzielte die Partei als parlamentarischer Arm der rechtsextremen Strömungen in Deutschland bundesweit dagegen mit 15,9 Prozent das zweitbeste Ergebnis aller Parteien. In den ostdeutschen Bundesländern ist die rechtsextreme Partei noch deutlich stärker, wie die erschreckenden Landtagswahlergebnisse in Sachsen und Thüringen zeigen. Dabei spielen ihr auch die vielen aktuellen Herausforderungen in die Hände. „Rechtsextreme versuchen Ängste und Unsicherheiten auszunutzen, um daraus politisches Kapital zu schlagen“, mahnt Juliane Timmermann, SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Die notwendige Transformation der Wirtschaft, die Bewältigung der Inflation oder die Knappheit an bezahlbarem Wohnraum – demokratische Parteien ringen miteinander um die besten Antworten für die komplexen Aufgaben unserer Zeit. Dabei ist der Ton mitunter rau, aber in der Regel konstruktiv. Wo rechte Stammtischparolen die Debatte bestimmen, fehlt dagegen oft der Wille, die Probleme auch wirklich anzugehen. „Wer einfache Antworten gibt, versucht darüber hinwegzutäuschen, dass er keine Lösungen hat“, so Timmermann.

DIE GRENZEN DES SAGBAREN

Auch wenn sich Hamburg positiv vom Rest der Republik abhebt, spürt man selbst hier eine Veränderung des politischen Klimas. Durch permanente Zuspitzung, Falschnachrichten und Tabubrüche vom rechten Rand haben sich die Grenzen des Sagbaren in Deutschland längst verschoben. Rechtsextreme und ihre politischen Vertreter nutzen dazu häufig rassistische oder frauenfeindliche Ressentiments und sprechen demokratischen Institutionen die Legitimation ab. Dabei werden die Positionen, allen voran der AfD, Schritt für Schritt radikaler.

Selbst in Hamburg, wo sich die AfD im Gegensatz zu den ostdeutschen Landesverbänden lange um einen konservativen Anstrich bemüht hat, finden sich systematische Verbindungen zum Rechtsextremismus. So hat der Hamburger Parteivorsitzende im Rathauskeller mit bekannten Neonazis zusammengesessen. Der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion hat ein Liederbuch mit rechtsextremen Inhalten herausgegeben und Mitarbeitende der AfD haben in der Vergangenheit an Nazi-Aufmärschen teilgenommen.

Auch Danial Ilkhanipour, Experte für Rechtsextremismus der SPD-Fraktion Hamburg, beobachtet eine zunehmende Radikalisierung am rechten politischen Rand. „Die AfD arbeitet an der Abschaffung von Rechtsstaat und Demokratie und nutzt dafür alle Mittel“, fasst er die Lage zusammen.

Sprachbilder aus dem Nationalsozialismus wie „Lügenpresse“ schüren Hass auf die Politik und die freien Medien. Mit konkreten Folgen: Beleidigungen und Übergriffe auf Politiker:innen und Wahlkämpfende haben zugenommen. Genau 88 Straftaten gegen politisch Aktive wurden 2023 allein in Hamburg registriert.

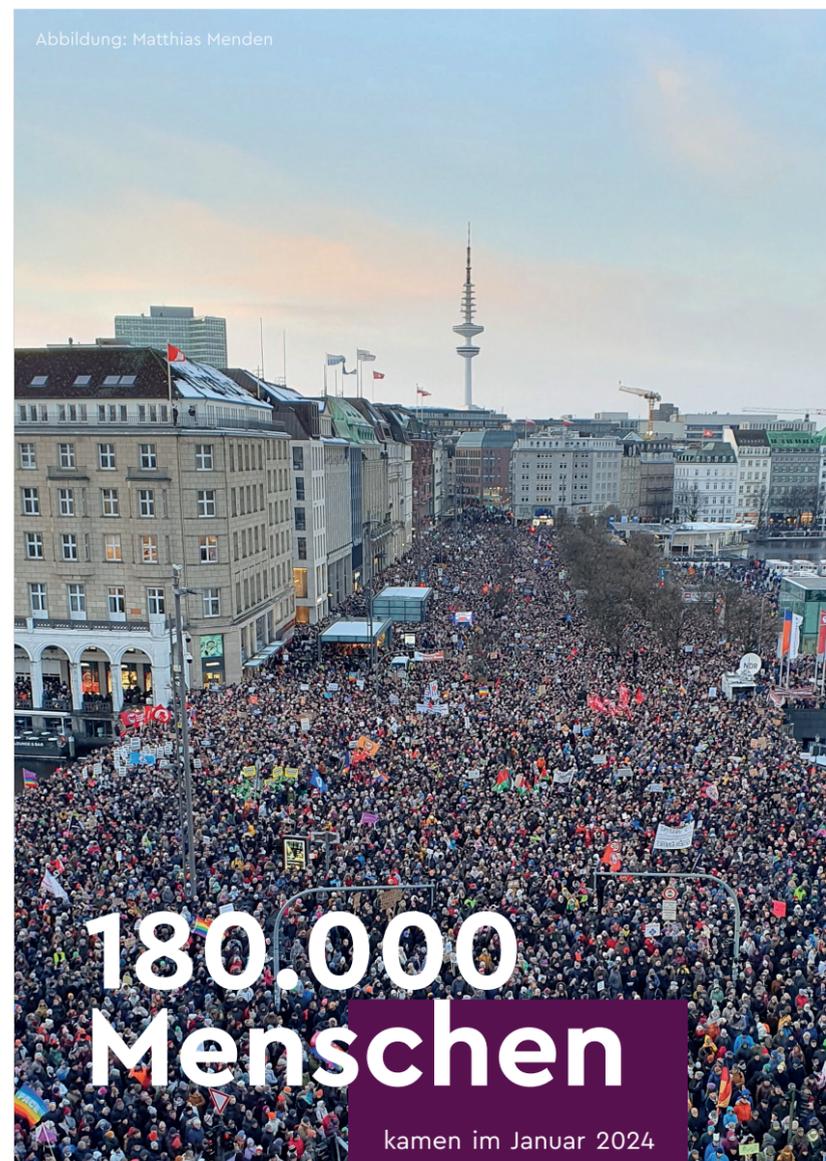
WÄHLERTÄUSCHUNG MIT METHODE

Die AfD versucht ganz gezielt die Glaubwürdigkeit etablierter Medien, die sich journalistischer Sorgfalt verpflichtet haben, zu untergraben. Sie verweist ihre Anhängerschaft stattdessen auf „alternative“ Medien, die ohne Qualitätskontrolle weitestgehend Falschnachrichten verbreiten. Dabei nutzt die Partei auf ihren Kanälen auch sogenannte Social Bots – Programme, die in sozialen Medien im Sinne der Rechten kommentieren. Unlängst präsentierte die Partei unter dem Titel „Gesicht zeigen“ Bilder von vermeintlichen Parteimitgliedern. Journalisten deckten auf, dass es diese Mitglieder in Wahrheit gar nicht gab – nicht einmal die Bilder waren echt, sondern mittels künstlicher Intelligenz erzeugt. „Rechtsextreme und ihre Parlamentarier brechen in der politischen Auseinandersetzung mit allen demokratischen Regeln für Anstand und Fairness und führen die Menschen damit ganz bewusst in die Irre. Das ist Wählertäuschung mit Methode“, fasst Ilkhanipour die Strategie der Rechtsaußenpartei zusammen.

EIN BÜNDNIS DER GESELLSCHAFTLICHEN MITTE

Die demokratischen Parteien, allen voran die SPD mit ihrer langen antifaschistischen Geschichte, stehen dieser Herausforderung gemeinsam gegenüber. Dort, wo rechtsextremes Gedankengut am besten verfangt, beherrschen häufig Zukunftsängste und finanzielle Nöte das Leben der Menschen. „Wir müssen gerade in dieser Zeit Zusammenhalt gegen Spaltung, Vielfalt und Toleranz gegen Hass und Hetze, verantwortungsvolle Politik gegen leere Versprechungen setzen“, erklärt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Schauspielerin und Intendantin Isabella Vértes-Schütter. „Als mit Abstand stärkste politische Kraft in Hamburg sind wir gefordert, unser Handeln immer wieder zu erklären, gerade auch dort, wo sich ein Gefühl von Unsicherheit breitgemacht hat.“ Beschäftigung und gute Löhne, bezahlbarer Wohnraum, Klimagerechtigkeit und gute Bildung für alle seien nur unter den Bedingungen der Demokratie zu haben, während Rassismus und Ausgrenzung die Gesellschaft nicht weiterbringen. Für die SPD-Politikerin ist daher ein ehrlicher und authentischer Umgang mit den Sorgen und Nöten unumgänglich. Gerade Politiker:innen müssten Probleme und ihre Lösungsvorschläge offen darlegen – ohne Fake News, KI oder Social Bots. Dies sei nicht nur die Aufgabe einer einzelnen Person oder Partei. Trotz der großen politischen Herausforderungen blickt Sozialdemokratin Vértes-Schütter zuversichtlich in die Zukunft: „Wir haben in Hamburg ein breites und starkes Bündnis der gesellschaftlichen Mitte. Es braucht weiterhin unser aller Engagement – in den Parlamenten aber auch in der Zivilgesellschaft –, um diesen bösen Geist zurück in die Flasche zu bekommen. Ich bin sicher, dass uns das gemeinsam gelingt.“

Abbildung: Matthias Menden



180.000 Menschen

kamen im Januar 2024 auf dem Jungfernstieg zusammen, um gemeinsam gegen rechte Netzwerke zu demonstrieren. Aufgrund der Menschenmassen musste die Demonstration schließlich abgebrochen werden. Der HVV stellte sogar den U-Bahn-Betrieb in der Innenstadt ein.



Abbildung: Shutterstock.com/klauscook

ALLES AUF EINE KARTEN

WARUM DAS DEUTSCHLANDTICKET IN HAMBURG SO ERFOLGREICH IST

Lohnt sich ein Tagesticket? Oder doch eher die Monatskarte? Sind Einzelfahrkarten günstiger? Für viele Menschen gehören diese Fragen längst der Vergangenheit an. Das Deutschlandticket macht seit Mai 2023 das Bus- und Bahnfahren einfacher und vor allem günstiger. Wer die Karte hat, kann für 49 Euro im Monat deutschlandweit alle Angebote des ÖPNV nutzen. In keinem anderen Bundesland ist das Deutschlandticket so erfolgreich wie in Hamburg.

Die Idee ist simpel: Ein Ticket für alle Strecken, ein günstiger Preis und dazu monatliche Kündbarkeit. Dafür kann der ÖPNV in ganz Deutschland genutzt werden, inklusive der Regionalzüge. Bundesweit nutzen bereits elf Millionen Menschen das Deutschlandticket. Laut einer Studie hat Hamburg dabei die höchste Quote aller Bundesländer. Mehr als 42 Prozent der Hamburger:innen besitzen bereits das Deutschlandticket – weit mehr als in allen anderen Bundesländern. Im Nachbarland Schleswig-Holstein sind es gerade einmal bei 14,5 Prozent, in Niedersachsen sogar nur 11,3 Prozent.

EIN TICKET FÜR DIE GANZE STADT

Dass das Ticket besonders in Städten attraktiv ist, liegt in erster Linie am dichten ÖPNV-Netz. Je besser das Angebot, desto mehr Fahrten werden im öffentlichen Nahverkehr zurückgelegt. In Hamburg waren das im vergangenen Jahr mehr als eine Milliarde Fahrten. „Dort, wo der Bus nur dreimal am Tag kommt, ist die Nachfrage nach dem Deutschlandticket deutlich geringer. Hier hat Hamburg mit seinem dichten und gut ausgebauten Bahn- und Busnetz gegenüber ländlichen Regionen einen großen Vorteil“, meint Ole Thorben Buschhüter. Für den verkehrspolitischen Sprecher

der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist aber auch klar: „Nicht nur im Vergleich mit Flächenländern schneidet die Hansestadt beim Deutschlandticket besser ab. Auch in den Stadtstaaten Berlin und Bremen ist die Nachfrage nach dem Ticket deutlich geringer.“

BESSERES ANGEBOT FÜR MEHR ÖPNV

Hamburg macht in Sachen Attraktivität des ÖPNV offenbar vieles richtig. Seit dem Regierungswechsel 2011 treibt der SPD-geführte Senat den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und den Anschluss ganzer Stadtteile an das Schnellbahnsystem mit aller Kraft voran. Steilshoop, Lurup und Rahlstedt werden künftig mit U- oder S-Bahn erreichbar sein, der Sprung des U-Bahnnetzes über die Elbe ist in Planung. Kürzere Takte bei den U-Bahnen und neue Buslinien haben das Angebot deutlich ausgeweitet. Diese Dynamik bei der Fortentwicklung des ÖPNV hebt Hamburg deutlich vom Bundesvergleich ab. Hinzu kommt für die Hamburger:innen der vergleichsweise günstige Fahrpreis. Verglichen mit dem günstigsten Tagesticket im hvv von 7,50 Euro zahlt sich das Deutschlandticket schon ab dem siebten Fahrttag aus. Vielfahren lohnt sich also. Für die meisten hvv-Monatskarten fielen vor Einführung des Deutschlandtickets

42 %

der Hamburger:innen haben ein Deutschlandticket

210.000

Schüler:innen in Hamburg können seit September 2024 das Deutschlandticket kostenlos nutzen.

rund 70 Euro an, mit der neuen Fahrkarte ist es mit 49 Euro deutlich weniger. Dabei bietet Hamburg auch beim neuen Ticket umfangreiche zusätzliche Vergünstigungen an. „Von Schüler:innen bis zu Rentner:innen – im Ergebnis nutzt es allen“, so Buschhüter.

MEHR VERGÜNSTIGUNGEN IN HAMBURG

Im letzten Bürgerschaftswahlkampf hatte die SPD ein großes Versprechen für Hamburger Familien abgegeben: das kostenlose Schülerticket. Dieses Versprechen hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion mittlerweile eingelöst. Seit diesem Schuljahr erhalten Schüler:innen mit Wohnsitz in Hamburg das Deutschlandticket gratis. Die Kosten dafür übernimmt die Stadt. Für 210.000 Schüler:innen und ihre Familien ist das ein großer Gewinn: Es entlastet sie finanziell erheblich und trägt dazu bei, dass junge Menschen umweltbewusst und nachhaltig unterwegs sein können – unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. „Wir fördern damit ihre Eigenständigkeit und ermöglichen frühzeitig eine nachhaltige Mobilität: Auf dem Schulweg und in der Freizeit, mit den Eltern oder mit Freunden, auf Klassenreisen und Schulausflügen“, begeistert sich Verkehrspolitiker Buschhüter für die Idee. Die hat offenbar selbst die Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft überzeugt. Sie hat dem Antrag der rot-grünen Koalition ausnahmslos zugestimmt.

SOZIALRABATT UND JOBTICKET

Das Deutschlandticket ermöglicht einer größeren Zahl von Menschen mit Sozialleistungsbezug ein deutliches Plus an Mobilität. 67.500 Hamburger:innen nehmen es in Anspruch. Das bedeutet konkret: Zwanzig Prozent mehr Leistungsempfängerinnen haben jetzt eine Abokarte für den ÖPNV als vor der Einführung des Deutschlandtickets. Möglich wird dies durch einen großzügigen Sozialrabatt der Stadt. In Hamburg ist das bundesweite Ticket bei Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch für nur 19 Euro zu bekommen. Das gilt auch für Rentner:innen, die Grundsicherung erhalten. Laut Annkathrin Behr, Sprecherin für Soziales in der SPD-Fraktion Hamburg, eine sozialpolitische Notwendigkeit: „Für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen stellt der Fahrpreis nicht selten eine Hürde für die persönliche Mobilität dar. Das ist problematisch, denn Mobilität bedeutet gleichzeitig auch Teilhabe.“ Hier stelle das Deutschlandticket mit Sozialrabatt eine enorme Verbesserung dar. „Es ist günstiger als das alte Sozialticket und kann deutschlandweit in Regionalzügen genutzt werden.“

Berufstätige ohne Leistungsbezug zahlen für das Deutschlandticket ebenfalls weniger, wenn ihre Arbeitgeber:innen einen Teil der Kosten übernehmen. Auszubildende erhalten in Hamburg das Ticket für 29 Euro, indem sich der Ausbildungsbetrieb mit 20 Euro daran beteiligt. Für Auszubildende in vollschulischer Ausbildung übernimmt die Stadt diesen Zuschuss.

SOLIDARPRINZIP BEI STUDIERENDEN

Auch für Studierende ist das Deutschlandticket günstiger zu bekommen. Wenn alle Studierenden einer Hochschule das Ticket abnehmen, erhalten sie es seit dem Sommersemester 2024 für 29,40 Euro pro Monat. Dafür setzt das Modell auf das Solidarprinzip, das bereits seit Mitte der 1990er Jahren beim Semesterticket erfolgreich zur Anwendung kommt: Anders als beim regulären Deutschlandticket muss die Karte mit dem Semesterbeitrag für sechs Monate im Voraus gezahlt werden. Eine individuelle Kündigung ist aus diesem Grund auch nicht möglich. „Für Härtefälle gibt es einen Ausgleichsfonds“, so Philine Sturzenbecher, in der SPD-Fraktion zuständig für Wissenschaftspolitik. „Alle Studierenden zahlen hierfür zusätzlich einen überschaubaren Betrag ein, an der Uni Hamburg sind es beispielsweise 5,60

Euro pro Semester.“ Über den großen Mengenrabatt erhalten alle Studierenden einer Hochschule kostengünstige Mobilität in ganz Deutschland.

ALLE PROFITIEREN

Hamburg kann die Kosten für das Deutschlandticket allerdings nicht allein stemmen. „Der Bund muss weiter für eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern sorgen. Nur so bleibt das Deutschlandticket für Hamburg was es ist – ein absolutes Erfolgsprojekt“, mahnt Buschhüter. Davon profitieren alle, die regelmäßig Bus und Bahn fahren, denn das Ticket darf getrost als Anreiz verstanden werden, möglichst viele Wege mit Bus und Bahn zurückzulegen. Oder als Möglichkeit für den nächsten Wochenendausflug ans Meer: In knapp eineinhalb Stunden fährt der Regionalexpress vom Hamburger Hauptbahnhof nach Travemünde an die Ostsee. Dazu braucht es nicht mehr als ein Strandhandtuch – und das Deutschlandticket.



Auch sie haben das Deutschlandticket: Die SPD-Abgeordneten Annkathrin Behr, Ole Thorben Buschhüter und Philine Sturzenbecher (v.l.n.r.). In Hamburg hat die SPD-geführte Koalition dafür gesorgt, dass das Ticket sozial gerecht ausgestaltet wird. Viele Menschen zahlen in der Hansestadt nur einen ermäßigten Fahrpreis.



Für 49 Euro kommen Reisende mit dem Deutschlandticket im ganzen Bundesgebiet ans Ziel – von der Nordsee bis an die Alpen. Das Ticket hat den Preis für Mobilität im ÖPNV bundesweit vereinheitlicht und macht das Bahnfahren so einfach wie nie zuvor.

GENERATIONENGERECHTE STADT ALT UND JUNG VEREINT IM EHRENAMT

Die PAULA zeigt, wo Hamburger:innen jeden Alters in Hamburg zusammenkommen. Diese Ausgabe beleuchtet freiwilliges Engagement und generationenübergreifende Initiativen, die das Miteinander in der Hansestadt bereichern.

Ob im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Seniorentreff oder in Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen – ohne Ehrenamt würde vieles in unserer Stadt nicht laufen. Etwa eine halbe Million Menschen verwenden allein in Hamburg ihre Freizeit für die Allgemeinheit, häufig unentgeltlich oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung. Sie leisten damit einen unschätzbaren Dienst für unsere Gesellschaft. Die Stadt Hamburg fördert das freiwillige Engagement: Seit 2023 ist die Förderung und der Schutz des Ehrenamtes in der Hamburgischen Verfassung verankert.

STADT DES ENGAGEMENTS

Das zeigt sich auch in der Praxis: Mit einer umfassenden Engagementstrategie stellt die Stadt sicher, dass sich alle Menschen in Hamburg freiwillig engagieren können. Die finanzielle Unterstützung für Freiwilligenagenturen wurde auf 50.000 Euro pro Jahr verdoppelt und der Annemarie-Dose-Preis für herausragende Projekte fortgesetzt. In diesem Jahr ist noch eine besondere Anerkennung hinzugekommen: Mit der Hamburger Engagement-Karte erhalten freiwillig Engagierte und Ehrenamtler:innen künftig stadtweit viele Vergünstigungen – von freiem Eintritt bis hin zu günstigeren Sportkursen. „Mit der Engagement-Karte geben wir den vielen zupackenden Händen in unserer Stadt etwas zurück und können mit zahlreichen Vergünstigungen ganz konkret ‚Danke‘ sagen,“ betont Ali Simsek, Experte für freiwilliges Engagement der SPD-Fraktion Hamburg den Gedanken hinter der Engagementkarte.

ENGAGEMENT FÜR JUNG UND ALT

Besonders für die ältere Generation ist freiwilliges Engagement und Ehrenamt ein absoluter Gewinn, denn im Ehrenamt kommen verschiedene Altersgruppen und unterschiedliche Kulturen zusammen. „Über die Hälfte der Hamburger Haushalte sind Einpersonenhaushalte – auch viele Senior:innen leben allein. Doch für ein gutes Leben im Alter sind gesellschaftliche Teilhabe und Begegnungen weiterhin wichtig. Ehrenamtliche leisten hier einen sehr großen Beitrag,“ sagt auch Britta Schlage, seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg.

Wie kreative Projekte in Hamburg den Austausch zwischen Alt und Jung mit großem Einsatz und kreativen Ideen beleben, zeigen vier von der Stadt ausgezeichnete Initiativen.

SENIOR:INNEN IN DIE CLUBS

Auf der Reeperbahn, wo das Leben zu jeder Tageszeit pulsiert, versammelt sich eine unkonventionelle Gruppe von Feiernden: die Generation 60 Plus. Nach dem Motto „Je older, desto doller!“ erobert die gemeinnützige Initiative OLL INKLUSIV Hamburger Musikclubs. Tagsüber, wenn die Clubs eigentlich leer stehen, können Senior:innen vier Stunden lang unter der Diskokugel schnacken, singen und beim Musik-Bingo mit raten. Anschließend wird die Tanzfläche eröffnet. Die Teilnahme ist kostenfrei und das ehrenamtliche Team setzt sich auf Augenhöhe dafür ein, Einsamkeit entgegenzuwirken.

KULTUR KENNT KEIN ALTER

Dass Kultur kein Alter kennt, beweist auch die Initiative KULTURISTENHOCH2. Hier begleiten junge Menschen aus der Nachbarschaft Senior:innen zu Konzerten, Theaterstücken oder Ausstellungen. Über 150 Veranstalter stellen kostenlose Karten zur Verfügung und die Teilnehmenden können die Angebote entsprechend ihrer Interessen und Vorlieben auswählen. So können sie gemeinsam Veranstaltungen erleben, die sie alleine vielleicht nicht besuchen würden.

AB AUF DIE BÜHNE

Für alle, die lieber selbst im Rampenlicht stehen, gibt es in Hamburg ebenfalls eine außergewöhnliche Initiative: Das Flaks – Theater LEBENSLUST FÜR JUNG UND ALT. Dieses Theaterprojekt bringt Kinder und an Demenz erkrankte Senior:innen im Bürgertreff Altona gemeinsam auf die Bühne. Das Projekt bietet spannende Interaktion, verschiedene Perspektiven auf das Leben und eine erfüllende Erfahrung für alle Teilnehmenden.

OMA UND OPA ZUM AUSLEIHEN

Neue Möglichkeiten für ein lebendiges Miteinander der Generationen schafft auch der Verein Jung und Alt e.V. Hier übernehmen ältere Menschen Aufgaben, die typischerweise mit dem Großelterndasein einhergehen. Sie springen als „Oma-Opa-Feuerwehr“ in unvorhersehbaren Notsituationen bei der Kinderbetreuung ein, oder erzählen in einem Kindergarten ihres Wohngebietes Märchen. Über die „Taschengeldbörse“ übernehmen Jugendliche gegen eine kleine Entschädigung gelegentlich einfache Hilfestellungen für die Älteren.

Die vorgestellten Initiativen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der bunten Landschaft der generationenübergreifenden Angebote in der Stadt. Wer sich ebenfalls engagieren möchte, findet weitere Initiativen und Informationen unter www.freiwillig.hamburg oder in der Engagementdatenbank www.engagement-hamburg.de.



Die Engagementkarte

Die Engagementkarte können Menschen in Hamburg beantragen, die über 16 Jahre alt sind und sich seit mindestens einem Jahr zwei Stunden pro Woche oder 100 Stunden pro Jahr in gemeinnützigen Organisationen, Vereinen, öffentlichen Einrichtungen oder Religionsgemeinschaften ehrenamtlich engagieren. Die Bonuskarte kann sowohl von den Engagierten selbst als auch von den Hamburger Organisationen beantragt werden. Weitere Informationen zu Antrag, Vorteilen und Vergünstigungen gibt es auf

www.doin-good.de/engagementkarte

Wer ist Paula?

Auf der Senatsseite des Hamburger Rathauses zeigen viele Portraits die Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Nur eines von ihnen zeigt eine Frau: Paula Karpinski. Hamburgs erste Senatorin und gleichzeitig erste Frau in einer deutschen Landesregierung war nicht nur die einzige weibliche Hamburger Politikerin, die für die Gemäldegalerie porträtiert wurde, sondern ist bislang auch das einzige Senatsmitglied, dessen Abbild noch zu Lebzeiten einen Platz im Rathaus erhielt. Die Tradition sieht vor, dass ein Gemälde im Rathaus entweder erst nach dem Ableben der gezeigten Person oder nach ihrem hundertsten Geburtstag ausgestellt wird. Mit 104 Lebensjahren konnte Sozialdemokratin Paula Karpinski im Frühjahr 2001 als bisher einzige Geehrte bei der Präsentation des eigenen Gemäldes anwesend sein.

Paula Karpinskis Portrait steht im Kontrast zu den üblichen Darstellungen im reich verzierten Innern des Hamburger Rathauses, in dessen prachtvollen Wandmalereien Frauen häufig als Schutzgöttinnen oder mythologische Figuren gezeigt werden. Die reale politische Teilhabe blieb Frauen beim Bau des Rathauses 1897 noch verwehrt – das Frauenwahlrecht wurde erst 22 Jahre später eingeführt.

Paula Karpinski war ab 1931 SPD-Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft und wurde in den Jahren nach 1933 zweimal für ihre politischen Überzeugungen verhaftet. Im Jahr 1944 war sie sieben Wochen lang im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach dem Krieg konnte sie sich 1946 mit ihrer Ernennung zur Jugendsenatorin in einer männerdominierten Politik behaupten. Noch 1952 erntete sie



in einer Bürgerschaftsdebatte das Gelächter der Männerriege, als sie forderte: „Dem Senat müssen auch Frauen angehören“. Beirren ließ sie sich davon nicht. Hamburg verdankt Paula Karpinski vieles – unter anderem den Bau der Jugendherberge am Stintfang sowie das Volksparkstadion. Mit dem Titel dieser Zeitung ehrt die SPD-Fraktion eine starke Hamburgerin und Sozialdemokratin, deren Einsatz für die Gleichstellung der Geschlechter bis heute beispielgebend ist.

Hamburggrätzel

Horizontal:	Vertikal:
4: Bundesweite Fahrkarte	1: Konzerthaus (Kurzform)
6: Geförderter Wohnraum	2: Hamburgisches Landesparlament
7: Erste Ministerin Deutschlands: Paula ...	3: Hafenboot für Rundfahrten
8: Stein am Elbstrand: Alter ...	5: Alstervogel
9: Gebäckspezialität mit Zimt	10: Erster Bürgermeister: Peter ...
11: Einsatz für die Gemeinschaft	13: HH Landeshymne
12: Containerterminal	17: Bekanntes Polizeirevier
14: Elbfisch	18: HH Hauptkirche (Volksmund)
15: Herrschaftsform	
16: Landesregierung Hamburgs	



Abbildung: Shutterstock/Artfilmphoto

Die 53 Abgeordneten der SPD-Fraktion Hamburg:



Liebe Leserin, lieber Leser,

Politik lebt vom Austausch der Ideen. Wenn Ihnen die Paula gefallen hat oder Sie Fragen, Kritik und Anregungen zu unserer Politik haben, dann schreiben Sie uns unter paula@spd-fraktion-hamburg.de. Die ganze Stadt im Blick zu haben, bleibt unser Anspruch und Versprechen als SPD-Fraktion.

Wir freuen uns auf Ihre Meinung.
Herzlichst, Ihre SPD-Fraktion Hamburg

Jahrgang 2024

Kontakt
SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Hamburger Rathaus · Rathausmarkt 1 · 20095 Hamburg
V.i.S.d.P.: Ole Thorben Buschhüter, SPD-Fraktion Hamburg

Telefon: 040 42831-1325
E-Mail: paula@spd-fraktion-hamburg.de
Web: www.spd-fraktion-hamburg.de